

Int. Bodensee-Friedensweg am 2. April 2018 in Bregenz

Kurzbericht Info- und Diskussionsgruppe Divestment - kein Geld für Rüstung

Unter der Moderation von Peter Weishaupt (Schweizerischer Friedensrat) wurde im Hotels Messmer in Bregenz, unter Teilnahme von über 30 aus der Schweiz, Deutschland und Österreich Angereisten, die



Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» vorgestellt und diskutiert. Die Initiative war in erster Linie in der Schweiz zustande gekommene und soll Mitte Juni 2018 eingereicht werden. Vorbild waren dabei Divestment-Kampagnen wie etwa die Klima-Allianz,

welche Investitionen der Schweizerischen Nationalbank in Kohle, Erdöl und Erdgas bekämpft, deren Umfang dem jährlichen CO₂-Ausstoss der gesamten Schweiz entspricht. Die Rüstungsfinanzierungsinitiative richtet sich direkt gegen Investitionen in Rüstungsfirmen - ob durch die Schweizerische Nationalbank, weitere grosse Banken, Versicherungen oder Pensionskassen getätigt. In der Diskussion wurde dabei die Schwierigkeit der Beurteilung angesprochen, was heute unter einer Rüstungsfirma zu verstehen ist. Denn eigentliche Rüstungsunternehmen sind selten, Mischkonzerne, die sogenannte Dual-use-Güter herstellen, sind dominierend geworden. Die Initiative bezieht sich auf Investitionen in allen Firmen in der Schweiz, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit Rüstungsgütern machen. Die Schweiz hat einen der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt. 2015 wurden hier 6,6 Billionen Franken verwaltet. Alleine Schweizer Grossbanken investierten 2014 pro EinwohnerIn 798 US-Dollar in Unternehmen, die atomare Rüstungsgüter herstellen. In Deutschland lag dieser Wert bei 122 US-Dollar und in Österreich bei 9 Dollar.

Sebastian Büchler von der federführenden Gruppe *Schweiz ohne Armee* erläuterte die Stossrichtung der Initiative. Im Gegensatz zu einigen Divestment-Vorstössen und Kampagnen in Deutschland und Österreich handelt es sich hier um einen verbindliches Volksbegehren, über das wahrscheinlich im übernächsten Jahr abgestimmt wird. Bereits jetzt hat die Volksinitiative direkte und indirekte Auswirkungen, einige Pensionskassen und alternative Banken verzichten ausdrücklich auf Rüstungsinvestitionen. Die TeilnehmerInnen beteiligten sich engagiert an der Diskussion und gingen auch auf die Lage in Deutschland und Österreich ein. Der Raum war gerade richtig für den Workshop. Der Moderator, zuerst etwas skeptisch, was die mögliche Teilnahme nach der Abschlusskundgebung auf dem Kornplatz betraf, war überrascht, wie viele Leute sich am Workshop beteiligten (offenbar war das auch bei den anderen Gruppen so).

*April 2018, Peter Weishaupt